

Stellungnahme der Landesgartenschau Leinefelde-Worbis gGmbH vom 28.07.2026

Patenschaft mit Leinefelder Gastwirt wird aufgelöst

Leinefelde-Worbis. Mit Bestürzung haben Mitarbeiter und Geschäftsführung der Landesgartenschau Leinefelde-Worbis gGmbH (LGS) die öffentlichen Äußerungen eines Leinefelder Gastwirtes im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Christopher Street Day (CSD) in Berlin auf einer Social-Media-Plattform zur Kenntnis genommen. Aufmerksam wurden auch die Diskussionen dazu auf den Social Media Plattformen verfolgt.

Auch wenn der Gastwirt seine menschenverachtenden Äußerungen inzwischen zurückgenommen und sich öffentlich entschuldigt hat, zieht die LGS gGmbH Konsequenzen und kündigt die mit dem Gastwirt geschlossene Landesgartenschau-Patenschaft mit sofortiger Wirkung auf.

„Die Auffassung zu haben, dass queere Menschen nach Auschwitz gehörten, ist unerträglich und inakzeptabel. Es ist erschütternd, wie leichtfertig solche Äußerungen heute öffentlich mitgeteilt werden und wie wenig sich manche offensichtlich mit der deutschen Geschichte auseinandergesetzt haben bzw. welche Schlüsse sie aus dieser ziehen“, betonen die LGS-Geschäftsführer Stefan Nolte und Tobias Otto sowie Aufsichtsratsvorsitzender und Bürgermeister Christian Zwingmann. Sie stellen fest: „Eine Landesgartenschau darf mit radikalem Gedankengut nicht in Verbindung stehen, denn bei uns sind alle Menschen herzlich willkommen, egal wo sie herkommen und egal wie sie ihr Leben und ihre Partnerschaften gestalten.“

Den Opfern des CSD in Berlin wünscht die Landesgartenschau Leinefelde-Worbis schnelle Genesung. Den Angehörigen des Todesopfers spricht sie ihr Beileid aus. Der Anschlag in Berlin wird wie alle Terroranschläge scharf verurteilt – ebenso wie unangemessene Reaktionen darauf.